

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM, bei Haus- und Postbestellung 1,50 RM. Inländischer Postzuschlag 10 Kpfg. Alle Postanfragen, Postwechsel und Geschäftsstellenwechselungen entgegen. Im Krieg oder sonstiger Nothlage höherer Gewalt. Die Wilsdruffer Verlagsanstalt ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der durch Fernsprecher übermittelten Nachrichten. Jeder Abonnent ist verpflichtet, die Richtigkeit der durch Fernsprecher übermittelten Nachrichten zu bestätigen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Einzelgenosse: die 8 gespaltene Nummern 20 Kpfg., die 4 gespaltene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Kpfg., die 2 gespaltene Reklamette im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Kpfg. pro Seite. Einlagen und Nachweise sind dem Verleger zu bringen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 91 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkod.: Dresden 2640 Dienstag, den 19. April 1932

Abrüstung in Raten.

Konferenzdiplomaten.

Die große Konferenz in Genf hat erst angefangen zu beginnen, und schon ist man in unterrichteten politischen Kreisen der Meinung, daß ihr Erfolg dem ihrer Vorgänger entsprechen wird, d. h. daß sie nur wieder als Vorbereitung zu einer neuen Konferenz, nämlich der in Lausanne dienen wird. So schließt sich Glied an Glied zu einer Kette von Konferenzen, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist. Man sollte eigentlich meinen, daß die politische und wirtschaftliche Lage der Welt sich so zugespielt hat, daß ein schnelles entschlossenes Handeln die dringendste Forderung des Tages bedeutet, man sollte annehmen, daß die leitenden Staatsmänner jetzt endlich genug „Führung genommen“ und die persönliche Einstellung und Bestimmung ihrer Gegenspieler kennen gelernt haben, als daß man nicht endlich das Fazit aus diesen endlosen Zusammenkünften ziehen könnte. Wenn einstmals diese internationalen Konferenzen als Veruhigungsmittel für die öffentliche Meinung angewandt wurden, wenn die Situation allzu gespannt wurde, und man hoffend und tröstend auf ihre Vorzüge und die wahrscheinlichen Erfolge für Deutschland hinwies, so ist die Öffentlichkeit jetzt durch die vielen Fehlschläge und Enttäuschungen müde geworden und steht diesen Massenversammlungen leitender Staatsmänner mit Mißtrauen gegenüber. Bei jeder Konferenz ist zuviel versprochen und zuwenig gehalten worden. Bei Verückelung aller gewaltigen Schwierigkeiten, die die Konferenzthemen bieten, wird man doch den Eindruck nicht los, daß in der Weltpolitik ein großes Treiben lassen Platz gegriffen hat, und jeder Staat sich scheut, sich als erster der Sturmflut der wirtschaftlichen und politischen Krise entgegenzustellen. Diesmal sieht man den „Silberstreifen“ in der Anwesenheit des amerikanischen Staatssekretärs Stimson, von dem man ein richtunggebendes Eingreifen in der Abrüstungs- und hauptsächlich in der Reparationsfrage erhofft. Einen abflühenden Wasserstrahl hat der neue amerikanische Vorkonferenzler in London, Welton, bereits nach Genf geschickt, indem er erklärt hat, daß es zwecklos, wenn nicht gar überhaupt verhängnisvoll für die europäischen Schuldner Amerikas wäre, in diesem Augenblick die Frage einer Schuldenerwidlung aufzuwerfen. Die amerikanische öffentliche Meinung sei noch zu sehr mit dem wirtschaftlichen Niedergang und der Erhöhung der Steuern beschäftigt, als daß sie mit Gleichmut oder etwa gar mit lebhaftem Interesse eine derartige Erörterung aufnehmen könnte. Sie würde sich vielmehr so lange gänzlich ablehnend verhalten, bis Europa die Reparationsfrage selbst nach gefunden und wirtschaftlichen Richtlinien erörtert und seine Bereitwilligkeit gezeigt habe, hinsichtlich der Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen praktische Maßnahmen zu ergreifen. Es sei daher nicht damit zu rechnen, daß Stimson während seines Aufenthalts in Europa die Revision der Schuldenfrage öffentlich ansprechen werde.

Das ist wieder das bekannte Zurückweichen vor einem Eingreifen in europäische Verhältnisse und man muß sich fragen, warum dann eigentlich Stimson nach Genf gekommen ist. Darauf erhält man die nichtssagende Antwort, er beabsichtige, sich während seines Genfer Aufenthalts eingehend über die gesamten dringenden internationalen Fragen zu unterrichten. Das hätte er, so meint der Reporter, eigentlich schon längst tun müssen.

Die Konferenzen sind allmählich Selbstzweck geworden und werden nicht als Mittel angesehen, so schnell als möglich, unter Umgehung des langwierigen diplomatischen Notenwechsels, zu einem Resultat zu kommen. Uns will es scheinen, als ob die viel gelästerte Vorkonferenzdiplomatie mit ihren jetzt so geschmähten Methoden schneller zum Ziele kam, als die jetzt mit allen „Erregungenschaften der Neuzeit“ arbeitenden Konferenzdiplomaten.

Deutschlands grundsätzliche Abrüstungsforderung.

Wo bleibt die Zurückweisung von Tardieus Vorschlägen? Der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz trat nach einer mehrstündigen Unterbrechung unter dem Vorsitz von Henderson zu der Ausnahme der jetzt einleitenden Verhandlungen über die grundsätzlichen Fragen zusammen. Reichsminister Brüning und Staatssekretär Stimson nahmen an der Sitzung nicht teil. Der Hauptauschuß nahm ohne Aussprache den vom Völkerbund angenommenen Arbeitsplan an und ging sofort zum ersten Punkt über, der den Grundsatz der Herabsetzung der Rüstungen behandelt, und zwar endgültige Herabsetzung der Abrüstung in einem einzigen Abkommen, Herabsetzung auf ein Mindestmaß und schrittweise Herabsetzung. Über diese für die weiteren Verhandlungen entscheidenden Fragen wird bei der Hauptauschuß Sitzung entschieden.

Als erster Redner gab Vorkonferenzler Radolny in französischer Sprache Erklärungen zu der deutschen Forderung auf Herabsetzung der Rüstungen ab.

Der grundsätzliche deutsche Standpunkt ist danach folgender: Deutschland erachtet es für notwendig, die Gedanken einer einfachen Beschränkung der Rüstungen auszuschalten und sieht es als unerlässlich an, mit aller Energie die Rüstungen auf das mindestmögliche Maß herabzusetzen. Sobald diese Herabsetzung beschlossen ist, muß die Durchführung in einer möglichst kurzen Frist durchgeführt werden.

Die Methode für die Durchführung dieses Beschlusses wird nach deutscher Auffassung von dem Artikel 8 des Völkerbundespaktes bestimmt, nach dem den besonderen Bedingungen der einzelnen Staaten Rechnung getragen werden muß. Die Festsetzung der Rüstungsziffern der einzelnen Staaten muß nach möglichst einfacher Methode durchgeführt werden. Nur auf diesem Wege wird die der Abrüstungskonferenz gestellte Aufgabe erfüllt werden können.

Je größer und entscheidender die Herabsetzung der Rüstungen auf der Konferenz ist, um so stärker wird die für die ganze Welt so notwendige

finanzielle Erleichterung sein und um so stärker wird vor allem auch die politische Entspannung sein, deren die ganze Welt heute noch mehr bedarf als der finanziellen Erleichterung; denn die politische Entspannung bedeutet die unerlässliche Bedingung für die wirtschaftliche Gesundung der Welt.

Die Entwaffnung Deutschlands zeigt, bis zu welchem Grade ein Staat in sehr kurzer Frist abgerüstet werden kann. Von dem deutschen Beispiel kann man sich jetzt leiten lassen. In wenigen Jahren hat Deutschland sein ganzes Militärsystem umgewandelt, hat seine Armee auf ein Achtel und seine Kriegsflotte auf ein Zehntel des Vorkriegsstandes herabgesetzt, hat große Mengen Kriegsmaterial, insbesondere die Militärflugzeuge vernichtet. Die Zahl der zerstörten deutschen Flugzeuge beträgt allein 15 700. Fraglos kann das, was Deutschland gemacht hat, mit gutem Willen allgemein durchgeführt werden.

Der Eindruck der Rede. Die Rede des Vorkonferenzlers Radolny beschränkt sich bemüht nur auf die zur Verhandlung stehende Frage der Herabsetzung der Rüstungen in einem einzigen Abkommen schrittweise, oder auf ein Mindestmaß, und berührt aus diesem Grunde nicht die grundsätzlichen deutschen Forderungen auf

Gleichberechtigung und Rechtsgleichheit ebensowenig wie die Frage der Abschaffung der Angriffswaffen entsprechend dem italienisch-amerikanischen Vorschlag. Zu diesen Fragen wird, wie erklärt wird, von deutscher Seite zu gegebenem Zeitpunkt im Hauptauschuß Stellung genommen werden. Die äußerst vorsichtig formulierten Ausführungen Vorkonferenzler Radolny haben in Konferenzreisen den Eindruck hervorgerufen, daß die deutsche Abordnung keineswegs die Absicht hat, ultimative Forderungen auf Anwendung der allgemeinen Abrüstung entsprechend den Bestimmungen der Friedensverträge zu stellen, sondern zu Verhandlungen bereit ist,

falls das Hauptziel der wesentlichen und sofortigen Herabsetzung aller Rüstungen auf dieser Konferenz erreicht wird. Entgegen allgemeinen Erwartungen hat Vorkonferenzler Radolny zu dem

Vorsitz Tardieus in der vorigen Woche nicht Stellung genommen. Die Rede hat den Eindruck hinterlassen, daß die deutsche Abordnung sorgfältig jeder scharfen Auseinandersetzung mit der französischen Regierung aus allgemeinen politischen Gründen aus dem Wege zu gehen sucht und ihren Standpunkt bisher nur in vorsichtigen allgemeinen Formulierungen darlegt.

Die entscheidende Auseinandersetzung zwischen der deutschen und französischen Stellung auf der Abrüstungskonferenz steht noch bevor und wird allgemein als unvermeidlich angesehen.

Zu Anschluß an die Rede Radolny's brachten die Tschechoslowaken mit Unterstützung der Belgier, Spanier und einiger anderer kleinerer Staaten einen Antrag ein, nach dem die Konferenz sich endgültig auf den Grundsatz der etappenweisen Herabsetzung der Rüstungen festlegen soll. Dieser Vorschlag fand sofort die vorbehaltlose Unterstützung der Franzosen und Polen. Gegen den Vorschlag opponierten Vorkonferenzler Radolny und der russische Außenminister Litwinow.

Schließlich wurde ein Sonderauschuß eingesetzt, dessen Leitung in die Hände Bensch's und Politis' gelegt worden ist. Der Auschuß soll eine endgültige Entscheidung über den Grundsatz der etappenweisen Regelung ausarbeiten.

Abrüstung in Abschnitten beschlossen.

Der vom Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz zur Ausarbeitung eines endgültigen Entschließungsentwurfs über die abschnittsweise Herabsetzung der Rüstungen eingesetzte Sonderauschuß, dem sämtliche Großmächte angehören, hat nach längeren schwierigen Verhandlungen einstimmig folgenden Entschließungsentwurf angenommen:

„Der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz vertritt die Auffassung, daß die Herabsetzung der Rüstungen, so wie sie in dem Artikel 8 des Völkerbundespaktes vorgesehen ist, fortschreitend durch aufeinanderfolgende Revisionen in geeigneten Zwischenräumen durchzuführen ist, nach dem die gegenwärtige Konferenz den ersten entscheidenden Abschnitt einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen auf das mindestmögliche Maß verwirklicht hat.“

Der Entschließungsentwurf wird im Hauptauschuß zweifellos ohne weitere Aussprache angenommen werden.

Mit dieser Entschließung hat sich nunmehr die Abrüstungskonferenz auf die schrittweise Durchführung der Abrüstung festgelegt, hat aber gleichzeitig bestimmt, daß der erste Abschnitt ein entscheidender Schritt in der Richtung einer Herabsetzung der Rüstungen auf das Mindestmaß darstellen muß. Zwangsläufig wird es sich daher in den weiteren Verhandlungen der Abrüstungskonferenz um diese Frage handeln, in welcher Weise der erste entscheidende Abschnitt zur Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß durchgeführt werden soll. Der Entwurf stellt die erste praktische Entschließung der Abrüstungskonferenz dar. Er besitzt zweifellos große Tragweite.

Brüning's Genfer Besprechungen.

Der Reichskanzler verhandelt mit Henderson, Grandi und Simon. Reichskanzler Brüning stattete dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson, einen Besuch ab.

Anschließend empfing er den italienischen Außenminister Grandi. Wie von italienischer Seite mitgeteilt wird, legte Grandi besonderen Wert auf eine deutsch-italienische Verständigung hinsichtlich der weiteren Behandlung der Donaufrage. Sowohl die politischen als auch die wirtschaftspolitischen Interessen der beiden Länder an der Donaufrage stimmten in hohem Maße überein.

In der längeren Unterredung, die der Reichskanzler mit dem englischen Außenminister Simon hatte, sollen vornehmlich Tribut- und Abrüstungsfragen zur Sprache gekommen sein.

Die Donaufrage auf der Konferenz der Internationalen Handelskammer

Jausbrud, 18. April. Die Montagssitzung der augenblicklich hier tagenden Internationalen Handelskammer brachte Erklärungen der Delegationen der Großmächte zum Donauproblem. Die britische Delegation sei, erklärte Owen Jones, bereit, jede klare Lösung für die Räte der Donaustaaten zu unterstützen.

Allerdings sei man in England von der Entwicklung der Dinge in Mitteleuropa einigermaßen enttäuscht. England habe hier große finanzielle Verluste erlitten, und in Handelskreisen sei man vielfach zu dem Schluß gekommen, daß nichts anderes übrigbleibe, als den Handel mit diesem Teil Europas aufzugeben. England habe in Mitteleuropa bereits tatsächlich Präferenzen insofern gewährt, als es aus diesem Gebiet Waren im neun- bis zehnfachen Werte dessen bezahle, was es selbst dorthin ausführe. Die öffentliche Meinung Englands sei grundsätzlich gegen alle Arten von geheimen Präferenzen. England sei auch gegen die Clearing- und Tauschverträge der letzten Zeit, die den englischen Handel geschädigt hätten. Die englische Nation sei bereit, anzuerkennen, daß Ausnahmen von der Meistbegünstigung zugunsten der Donauländer geschaffen werden sollen. Doch müßten noch die Einzelheiten und der Umfang solcher Ausnahmen studiert werden.

Als zweiter Redner legte Clemens Lammers den Standpunkt der deutschen Delegation dar. Die Anregung Tardieus sei nach deutscher Auffassung eine ökonomische Tat von weittragender Bedeutung. Man dürfe aber nicht den Plan Tardieus als einen Hut betrachten, der allen Donaustaaten gemeinsam aufgesetzt werde. Daher sei eine gründliche Klärung der verschiedenen Seiten der ökonomischen Ernst Reissig war ein behäbiger Gastwirt und sorgte als Nöte in Mitteleuropa notwendig. Der Redner warnte vor der Gefahr von Kontingentierung unter staatlicher Kontrolle und vor den Gefahren einer unbesonnenen Nationalisierung. Lammers hob mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständigung hervor, ohne die eine Sanierung der mitteleuropäischen Wirtschaftslage nur unvollständig gelingen werde.

Fördert die Ortspresse